



Was muss beachtet werden, wenn Landwirt:innen für eine Stadt-Land Bewegung gewonnen werden sollen?

Es ist essenziell, dass progressive Bodenpolitikbewegung auf dem Land und progressive städtische Mieten- und Bodenbewegungen gemeinsam in einer Stadt-Land-Boden-Bewegung aktiv werden. Diese Handreichung gibt Aktiven, die sich dafür engagieren wollen, einen Überblick über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Beteiligung von Landwirt:innen und die Auswirkungen auf das landwirtschaftliche Feld.

Warum macht eine Stadt-Land-Bewegung Sinn?

Die Bewegungen haben ein gemeinsames Problem und teilen ein Ziel

Während Landwirt:innen oft unter Bodenknappheit, steigenden Pachtpreisen und Spekulation leiden, sind Stadtbewohner:innen von steigenden Mieten, wachsenden Eigentumspreisen und sozialer Verdrängung betroffen. Beide Gruppen haben ein gemeinsames Interesse, Boden als Gemeingut zu schützen und dem Zugriff rein profitorientierter Investoren zu entziehen. Durch eine Zusammenarbeit können sie innovative Modelle wie Gemeinschaftsland, Bodenfonds oder genossenschaftliche Nutzungsformen vorantreiben, die sowohl die regionale Lebensmittelproduktion als auch sozial gerechte Stadtentwicklung und Wohnraumversorgung fördern. Eine gemeinsame Strategie stärkt zudem ihre politische Schlagkraft, um Bodenpolitik sozial, ökologisch und zukunftsfähig zu gestalten. Der Boden verbindet Stadt und Land – er ist Lebensgrundlage für Ernährung, Wohnen und Klimaresilienz. Nur durch einen Schulterschluss beider Bewegungen lässt sich der Zugang zu Boden langfristig gerecht sichern und eine lebenswerte Zukunft für alle gewährleisten.

Verfahrenre Situation aufbrechen

Die Klimabewegung, die Umweltbewegung, die progressive Agrarbewegung um „Wir haben es satt!“ stehen in einer zum Teil ungewollten, aber unbefriedigenden Opposition zur großen konservativen Landwirtschaftsbewegung, die bisher vom Bauernverband und „Land schafft Verbindung“ dirigiert wurde. Diese Opposition ist entlang vieler Interessens- und Sachfragen festgefahren und wiederholt seit Jahren eingeübte Muster der Kommunikation und Aktion. So erscheint es, als seien „die Gesellschaft“ und „die Grünen“ und „Linken“ gegen „die Landwirtschaft“. Diese Wahrnehmung ist unproduktiv und verhindert Wandel im Sinne aller

Beteiligten. Eine Stadt-Land-Bewegung könnte diese eingefahrenen Muster durchbrechen, wenn sie das neue Thema geschickt setzt.

Die Trennung von Stadt-Land in Protesten verhindert politische Potenziale

Wenn wir uns den aktuellen Stand der Agrarstrukturgesetze in den Ostdeutschen Bundesländern anschauen, sowie beispielsweise die Kampagne des Mietenbündnis „Deutsche Wohnen und Co Enteignen!“, zeigt sich, dass beide Kampagnen neuen Schub brauchen. Bei all diesen Prozessen mangelt es an einem breitem gesellschaftlichen Druck, um die weitere Konzentration von Eigentum an Boden und Wohnraum in den Händen weniger großer Konzerne zu verhindern. Ein gemeinsames Auftreten von ländlichen und städtischen Bewegungen lenkt die gesellschaftliche Wahrnehmung über Stadt-Land-Grenzen hinweg auf ein gemeinsames Problem und beendet die unnötige Trennung von Gruppen, die ein gemeinsames Interesse haben sollten.

Ungewöhnlicher, aber wirkungsstarker Bündnispartner für beide Seiten

Darüber hinaus profitierten beide Bewegungen von dem Profil der anderen Aktiven. Bei einem solchen Bündnis trafen unter anderem städtisch-akademische Progressive auf ländliche und in Teilen eher konservative Kleinunternehmer:innen. Beide Gruppen machen selten gemeinsame politische Erfahrungen, obwohl deren Zusammenarbeit beträchtliche Wirkung auf gesamtgesellschaftliche Debatten hätte, da beide durch Polarisierung oft gegeneinander ausgespielt werden.

Große Frustration wegen mangelnder politischer Beteiligungsmöglichkeiten

Trotz Landwirtschaftsprotesten im Winter 23/24 oder wiederkehrender Proteste gegen das Mercosur-Abkommen: In der Landwirtschaft herrscht ein weitverbreitetes Gefühl vor, gegen weitere Handelsliberalisierungen und große Konzerne keine Chance mehr zu haben. Es herrscht große Resignation mit Blick auf den Bauernverband, die politischen Parteien und das Kaufverhalten großer Teile der Bevölkerung. Ein neues übergreifendes Bündnis kann hier neue Möglichkeiten politischen Einflusses für Landwirt:innen schaffen.

Viele Landwirt:innen haben Gefühl der Isolation und suchen Anerkennung

Gleichzeitig fehlt vielen Landwirt:innen die gesellschaftliche Anerkennung, sowohl auf dem Land als in der Stadt. Vorwürfe in Bezug auf die durch Landwirtschaft entstehenden oder sich verstärkenden Umweltprobleme, gesellschaftliche Proteste und gesellschaftliche Polemiken über das Thema sowie fehlende finanzielle Möglichkeiten für Transformation bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Existenzsicherung verstärken das Isolationsgefühl. Eine Stadt-Land-Bewegung kann neue Formen der Anerkennung generieren, wenn große Teile der Bevölkerung sich für offensichtlich geteilte Interessen mit Landwirt:innen zusammenschließen.

Es gibt ein breites Unbehagen mit dem Markt

Redet man mit Landwirt:innen, taucht immer wieder Unbehagen an der Profitlogik des Wirtschaftssystems, am weltweiten Handel, dem unnötigen weltweiten Transport von Nahrungsmitteln, sinkenden Zahlen lokaler und regionaler Märkte und der Konzentration von Eigentum und Macht bei großen international operierenden Konzernen und Betrieben auf. Man könnte hierin ein Unbehagen mit grundlegenden Konstanten kapitalistischer, auf Wachstum orientierter Marktwirtschaft sehen. Diese für vergangene Proteste wenig genutzte Ressource im Bereich von ländlichen Unternehmer:innen gilt es zu heben! Doch ohne Bündnispartner, die mit progressiven Ideen dieses Unbehagen adressieren und Lösungen aufzeigen können, die für Unternehmer:innen akzeptabel erscheinen, verbleibt es bei vielen Landwirt:innen eher bei Frustration, die sich dann oft ins politisch Regressive wendet.

Fehlender Kontakt mit progressiven Gruppen verstärkt den Rechtsruck

Im schlimmsten Falle driften landwirtschaftliche Verbände weiter nach rechts ab. Dies zeigte sich bei den vergangenen Landwirtschaftsprotesten deutlich. Die Ausrichtung vieler landwirtschaftlicher Interessensverbände bewegt sich stärker hin zu einem nationalen Protektionismus und dem Schulterschluss mit rechten Akteuren als in die umgekehrte Richtung. Um diese Tendenz zu verhindern, kann eine Stadt-Land-Bewegung auf der Grundlage gemeinsamer Interessen Kontakte aufbauen und die Brandbauer im landwirtschaftlichen Bereich weiter stützen.

Die Landwirtschaft ist vielfältig

Es müssen nicht alle Betriebe gewonnen werden. Kleine Betriebe sind auf dem Land womöglich die besseren Bündnispartnerinnen, doch die politischen Ansichten, betrieblichen Ausrichtungen und Eigentumsverhältnisse sind sehr heterogen. Es gibt nicht „die“ Landwirtschaft und eine Stadt-Land-Bewegung muss auch nicht „die Landwirtschaft“ hinter sich vereinen, sondern „nur“ einen stattlichen Teil. Das ist ein großer Vorteil, denn so kann man sich die Betriebe suchen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen für die Bewegung offen sind: seien dies der Standort, zeitliche Ressourcen, Problemwahrnehmung, politische Einstellung, Betroffenheit etc.

Was sind Schwierigkeiten mit Blick auf die Landwirtschaft?

Nichtsdestotrotz, es ist es nicht einfach, Landwirt:innen für eine Stadt-Land-Boden-Bewegung zu gewinnen. Hier werden ein paar zentrale Probleme auf Seiten der Landwirtschaft genannt, die beachtet werden müssen. Die Grundlage hierfür sind vielfältige eigene Erfahrungen auf dem Feld und viele Gespräche mit Landwirt:innen selbst.

Es gibt unterschiedliche Betroffenheiten in der Landwirtschaft

Ein wesentliches Hindernis ist, dass Betriebe unterschiedlich von Bodenpolitik betroffen sind und verschiedene Positionen zu Bodenpolitik vertreten. Steigende Bodenpreise und Pachtkosten stellen eine große Herausforderung für landwirtschaftliche Betriebe dar, besonders für kleinere, die nicht über die finanziellen Mittel verfügen, um mit kapitalkräftigen Investoren zu konkurrieren. Der Erwerb von Land oder die Verlängerung von Pachtverträgen wird erschwert. Auch größere Betriebe sind betroffen, da hohe Bodenpreise ihre Expansion wirtschaftlich einschränken. Familienbetriebe laufen Gefahr, ihr Land an Investoren zu verlieren, was ihre Existenz bedroht. Betriebe mit langfristigen Pachtverträgen haben oft Schwierigkeiten, diese nach Ablauf zu erneuern, da Investoren bereit sind, höhere Preise zu zahlen. Dies verstärkt den Wettbewerbsdruck und reduziert die lokale Wertschöpfung. Während familiengeführte Betriebe Gewinne vor Ort reinvestieren, ziehen Investoren Gewinne häufig ab und übernehmen weniger Verantwortung für die Region.

Trotz dieser Herausforderungen arbeiten viele landwirtschaftliche Betriebe bewusst mit Investoren zusammen. Landverkäufe bieten finanziellen Spielraum, Schulden abzubauen oder auszusteigen, insbesondere für Betriebe ohne Nachfolger oder im Ruhestand. In Regionen mit hohen Bodenpreisen erzielen Betriebe hohe Gewinne aus Landverkäufen, die für andere Investitionen oder die Altersvorsorge genutzt werden können. Auch Verpachtungen und Kooperationen bieten Vorteile: Landwirt:innen können als Pächter weiterhin arbeiten, während Investoren Kapital für Modernisierungen oder die Erweiterung des Betriebs bereitstellen. Große Betriebe profitieren von Kapital und Expertise, die ihre Marktposition stärken und Effizienz durch moderne Technologien steigern.

Die Zusammenarbeit mit Investoren bietet Vorteile, führt jedoch zu Spannungen, insbesondere bei kleineren und familiengeführten Betrieben. Daher ist Widerstand gegen Veränderungen zu erwarten. Um eine breite Unterstützung zu gewinnen, müssen die Vorteile gemeinschaftlicher Ansätze überzeugend dargestellt werden und muss mit Widerstand eines beträchtlichen Teils der Betriebe gerechnet werden.

Progressive sozial-ökologische Bewegungen werden skeptisch betrachtet

Gespräche mit Landwirt:innen zeigen, dass in Bezug auf die Klimabewegung, die Umweltbewegung und die progressive Agrarbewegung von „Wir haben es satt!“ eine skeptische oder distanzierte Haltung vorherrscht. Die einfachste Erklärung dafür ist, dass entweder wenig bis gar kein Wissen über diese Bewegungen vorhanden ist. So kennen viele die „Wir haben es satt!“-Demonstration nicht. Die Klimaproteste sowie

Biodiversitätspetitionen oder -demonstrationen sind andererseits Vielen bekannt. Alle drei Bewegungen werden jedoch oft einem Spektrum zugeordnet und dieses ist mit Vorbehalten belastet.

Ein wiederkehrendes Thema ist die Wahrnehmung, dass progressive sozial-ökologische Bewegungen „von denen aus der Stadt gemacht werden“. Landwirt:innen sehen sich als Repräsentant:innen des „Landes“ und fühlen sich oft von „städtischen“ Entscheidungen wie Windrädern, Umweltschutz oder der Wiederansiedlung des Wolfes betroffen, die vor allem auf dem Land umgesetzt werden. Gleichzeitig verschwinden immer mehr Ackerfläche für Wohnungen, Industrie und Gewerbe. Städter:innen wird oft die Kompetenz in Umweltfragen und ländlicher Arbeit abgesprochen, da sie nicht direkt mit der Natur arbeiten. Diese Vorurteile übertragen sich auf die als „städtisch“ wahrgenommenen, progressiven Bewegungen.

Landwirt:innen sehen sich als Unternehmer:innen oder Bäuer:innen, bei denen Handeln, körperliche Arbeit und das Leben mit den unberechenbaren Kräften des Marktes und der Natur im Mittelpunkt stehen. Ihr Eigentum gibt ihnen Sicherheit und stärkt ihr Selbstwertgefühl. Progressive Bewegungen werden hingegen oft als „Akademiker:innen“ und „Bürokrat:innen“ wahrgenommen, die sicherere Bürojobs, geregelte Arbeitszeiten, soziale Absicherung haben und weniger leistungsintensive Arbeit erbringen müssen. Zudem empfinden viele Landwirt:innen deren praxisferne Ansätze und zugespitzte Kommunikation als störend, da sie nicht zu ihrem Alltag passen.

Viele Landwirt:innen sehen eine gesellschaftliche Abwertung ihrer Arbeit und sich selbst in einer langen Phase des Niedergangs. Auf den Demonstrationen oft getroffene Aussagen wie „niemand kümmert sich um die arbeitende Bevölkerung im Inland“ verdeutlichen diese Haltung. Der drastische Rückgang landwirtschaftlicher Betriebe und der Arbeitskräftemangel werden oft als Zeichen für fehlendes Interesse, insbesondere der Jugend, wahrgenommen. Globale Themen wie Klimawandel oder Biodiversitätsverlust erscheinen aus Sicht vieler Landwirt:innen weniger relevant als die Ernährungssicherheit, erfreuen sich aber in deren Augen größerer gesellschaftlicher Aufmerksamkeit. Diese Entfremdung von städtischen, jungen und akademischen Milieus macht Bündnisse mit Handwerker:innen und Spediteuren für viele naheliegender, während progressive Bewegungen teils als Bedrohung gesehen werden. Das Niedergangsgefühl führt zudem oft zu Zynismus oder politischem Rückzug.

Zusätzlich fühlen sich viele konventionelle Betriebe nicht von progressiven Bewegungen vertreten. „Wir haben es satt!“ und die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) werden vor allem mit ökologischen Interessen verbunden. Zudem herrscht die Wahrnehmung vor, von sozialen Bewegungen generell abgelehnt oder bevormundet zu werden, was Abwehr gegenüber allem „Grünen“ verstärkt. Diese Konflikte basieren teils auf Wissensdifferenzen, etwa über den Beitrag der Landwirtschaft zum Insektenrückgang oder zur Nitratbelastung, die von vielen Landwirt:innen angezweifelt oder relativiert werden. Gleichzeitig werden grüne, akademische Milieus als widersprüchlich wahrgenommen, etwa durch intensives Flugverhalten oder den Kauf importierter Produkte. Zudem schränkt Naturschutzrecht häufig landwirtschaftliche Gewinne ein.

Diese negativen Bewertungen der progressiven Bewegungen sind weitverbreitet und stellen zentrale Hindernisse für eine Stadt-Land-Boden-Bewegung dar.

Es fehlt die gemeinsame Protest-Praxis

Die genannten Vorurteile tragen dazu bei, dass die großen Landwirtschaftsproteste in Deutschland und die progressiven Klima-, Umwelt- und Agrarproteste bisher nebeneinanderstehen. Es gibt wenig Überschneidungen und Kooperation zwischen Akteur:innen. Die Frage, ob unterschiedliche Wahrnehmungen eine Zusammenarbeit zwischen Landwirt:innen und progressiven sozial-ökologischen Bewegungen unmöglich machen, lässt sich jedoch klar mit „Nein“ beantworten. Solche Wahrnehmungen können sich durch bestimmte Ereignisse, Personen oder Handlungen oft schnell ändern. Vor allem wenn gemeinsame politische Erfahrungen gemacht werden, die auf einer gemeinsamen Praxis beruhen. Auch vertreten die oben genannten Positionen nicht alle Landwirt:innen gleichermaßen. Dennoch erfordert es neue Ansätze und ungewohnte Gesprächswege, um Landwirt:innen in größerer Zahl für eine Stadt-Land-Boden-Bewegung zu gewinnen.

Derzeit sind viele Landwirt:innen in Deutschland Mitglied großer Verbände, die meist konservativ und wirtschaftsliberal ausgerichtet sind. Eine Ausnahme bildet die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft, die Teil der progressiven Agrarbewegung ist. Der Deutsche Bauernverband hingegen hat sich bisher eher gegen progressive Bodenpolitik ausgesprochen, was ihn zu einem schwierigen Partner macht. Das Protestnetzwerk „Landschaft Verbindung“ hat sich zu Bodenfragen noch nicht positioniert, verfügt aber über die Fähigkeit, viele Landwirt:innen zu mobilisieren. Seine politische Ausrichtung variiert jedoch stark regional, der Bundesverband tendierte in Vergangenheit zum Rechtspopulismus, daher bestehen Differenzen mit progressiven Akteuren. Gleichzeitig sind viele Landwirt:innen enttäuscht von bestehenden Interessensvertretungen und offen für neue Organisationen.

Für alle Kontaktaufnahmen gilt: Es sind Kommunikationsgeschick und Einfühlungsvermögen gefragt. Direkte Gespräche mit Landwirt:innen sollten negative Wahrnehmungen ernst nehmen, hinterfragen und, durch Taten verändern. Häufig sind die genannten Differenzen weniger auf grundlegende Gegensätze zurückzuführen, sondern auf fehlende gemeinsame Erfahrungen und den Mangel an persönlichem Kontakt.

Es bestehen Naturschutzkonflikte

Es gibt deutliche Unterschiede in der Wahrnehmung von Umweltproblemen. Landwirt:innen bewerten Themen wie Düngemittelprobleme, den Rückgang von Insekten, die Diskussion über Tierwohl und CO₂-Ausstoß durch Tierhaltung oft anders als Naturschützer:innen. Diese Meinungsverschiedenheiten führen häufig zu Spannungen und Vorurteilen. Für Stadt-Land-Initiativen können solche Konflikte ein Hindernis darstellen, insbesondere wenn Naturschutzfragen zu Streit führen oder einander widersprechende Positionen zwischen Stadtbewohner:innen und Landwirt:innen erwartet werden. Ein weiteres sensibles Thema ist der Wolf: Viele Landwirt:innen fühlen sich von dessen Wiederansiedlung von den

Städter:innen allein gelassen und leiden unter den negativen Folgen.

Trotzdem sind viele Landwirt:innen bereit, aktiv an Lösungen mitzuwirken. Widerstand gegen Maßnahmen entsteht vor allem durch zwei zentrale Faktoren: das Gefühl mangelnder Wertschätzung und die hohen Investitionskosten bei gleichzeitig unsicherer Planung. Viele Landwirt:innen berichten, dass sie langfristige Kredite für Investitionen aufgenommen haben, die sich durch neue politische Vorgaben nicht mehr lohnen. Dies ist eine wirtschaftliche Herausforderung, die von der Stadt-Land-Bewegung aufgegriffen werden sollte, besonders im Hinblick auf Bodenfragen. Naturschutzkonflikte sollten dennoch eher weniger primär in der Bewegung aufgegriffen werden, und wenn, sollten die Debatten auf ökologische Aspekte fokussiert sein. Stattdessen sollte die ökonomische Basis für die Umsetzung von Lösungen in den Vordergrund gestellt werden.

Es gibt viele hochsensible Triggerpunkte

Agrarstrukturgesetze im ländlichen Raum sind andere Prozesse als die Enteignung von Wohnungskonzernen und werden von Landwirt:innen und Stadtbevölkerung unterschiedlich bewertet. Zwar betrifft beides die richtige und wichtige Einhegung von Privateigentum zur Bereitstellung öffentlicher Güter wie Land oder Wohnungen, sie lösen jedoch verschiedene Ängste aus.

Für Landwirt:innen, die in der Regel als Kleinunternehmer:innen agieren, hat das Privateigentum an Land seit Jahrhunderten eine existenzsichernde Bedeutung. Daher ruft allein der Begriff „Enteignung“ oft Misstrauen und Ablehnung, ja Angst hervor. Dies zeigte sich schon deutlich in der Sorge vor einer sogenannten „kalten Enteignung“, beispielsweise durch verschärfte Naturschutzgesetze, die als Bedrohung für die unternehmerische Freiheit empfunden werden.

Zusätzlich gibt es in Ostdeutschland eine historisch bedingte Sensibilität gegenüber Vergesellschaftungsstrategien. Viele Landwirt:innen in dieser Region haben durch die Landwirtschaftspolitik der DDR sowie die radikalen wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche nach der Wende einschneidende Erfahrungen gemacht. Diese Erlebnisse prägen ihr Verhältnis zu politischen Eingriffen in Eigentumsfragen nachhaltig.

Um diese Vorbehalte zu überwinden und gemeinsame Positionen zu entwickeln, ist es wichtig, die spezifischen Ängste und Erfahrungen der Landwirt:innen bewusst anzusprechen. Triggerpunkte wie der Begriff „Enteignung“ oder die Sorge vor staatlicher Überregulierung sollten gezielt und sensibel behandelt werden. Eine gründliche Vorbereitung der Gespräche ist essenziell, um Missverständnisse auszuräumen und Vertrauen aufzubauen. Nur so können konstruktive Lösungen erarbeitet werden, die sowohl den Schutz öffentlicher Güter als auch die berechtigten Interessen der Landwirt:innen berücksichtigen.

Zu guter Letzt ist es wichtig, dass Landwirt:innen nicht den Eindruck bekommen, dass eine Stadt-Land-Boden-Bewegung zu mehr Bürokratie und Regulation führt. Landwirte reagieren oft ablehnend auf zusätzliche Regeln und Bürokratie, weil sie in ihrem täglichen Arbeitsalltag bereits mit einer Vielzahl von Herausforderungen konfrontiert sind. Die landwirtschaftliche Arbeit erfordert viel Zeit, Präzision und Engagement, und zusätzliche Vorschriften führen

häufig zu einer erhöhten administrativen Belastung. Viele Landwirt:innen empfinden die bürokratischen Hürden als hinderlich, da sie ihnen wertvolle Zeit rauben, die sie besser in die Pflege ihrer Felder oder Tiere investieren könnten. Zudem wird oft der Eindruck erweckt, dass die Vorschriften wenig praxisnah sind und nicht immer auf die spezifischen Bedürfnisse und Bedingungen vor Ort eingehen, was zu Frustration führt. In Kombination mit häufig wechselnden Bestimmungen und der Unsicherheit über die richtigen Verfahrensweisen wächst der Unmut, da die zusätzlichen Anforderungen als Hemmnis für eine effiziente und nachhaltige Landwirtschaft wahrgenommen werden und Landwirtschaft unter schwierigen Marktbedingungen weiter erschwert.

Anmerkung

Die Recherchen und das Verfassen dieser Handreichung fanden zwischen Juli 2024 und Februar 2025 im Rahmen des BrückenLand-Projektes statt und wurden durch die Heidehof Stiftung gefördert.